

Gespräch mit Lars Klingbeil

Das Internet – Herausforderung für die Politik

Das Internet eröffnet bis hin zum demokratischen Wandel viele Chancen, birgt aber auch neuartige Risiken. Die Politik hat die Notwendigkeit, dieses Feld zu gestalten, erst sehr spät erkannt. Lars Klingbeil (33), netzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, im Gespräch mit der NG/FH über Urheberrecht, Datenschutz und seinen letzten Besuch in einem Plattenladen. Die Fragen stellten Klaus-Jürgen Scherer und Laura Welle.

NG/FH: Das Internet hat die Kommunikation, das private Leben, aber auch die Arbeitswelt revolutioniert. Dadurch stellen sich natürlich auch neue Fragen an die Politik, Netzpolitik hat sich als neues Politikfeld herausgebildet. Du bist in der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft, sowie im Gesprächskreis Netzpolitik der SPD-Medienkommission aktiv. Worum geht es da im Einzelnen?

Lars Klingbeil: Für uns ist das aller Wichtigste, dass wir Akzeptanz und Verständnis für dieses Themenfeld im politischen Raum finden. Da besteht einiger Nachholbedarf. Das ist ein richtiger Kampf, den wir da führen. Es wird sicherlich nicht ausreichen nach zwei Jahren einen langen Enquete-Bericht mit vielen guten Handlungsempfehlungen vorzulegen, wenn wir es bis dahin nicht geschafft haben, dass sich mehr Abgeordnete für diesen Themenbereich interessieren. 2009, als es große Proteste gegen die Netzsperrungen und eine Online-Petition mit knapp 140.000 Unterzeichnern gab und sich die Piratenpartei gründete, haben wir doch gesehen, dass dieses Politikfeld von den traditionellen Parteien bisher nicht abgedeckt wird und dass es gleichzeitig in der jungen Generation großes Interesse dafür gibt. Es geht um Akzeptanz und auch um Verständnis dafür,

dass das Denken und die Prozesse im Internet anders funktionieren. Simples Übertragen von Offline-Mechanismen in die Online-Welt funktioniert eben nicht.

NG/FH: Welche Prozesse haben sich geändert?

Klingbeil: Das Internet ermöglicht einerseits einen viel schnelleren und dynamischeren Austausch, so dass sich viel mehr Menschen beteiligen können. Andererseits sehen wir auch, dass es eine größere Transparenz gibt, dass in Bezug auf Personendaten alles sehr viel offener wird.

NG/FH: Netzpolitik bedeutet ja, dass man nicht einfach alles laufen lässt, sondern dass man gestaltet. Hier nur die Stichworte Datenschutz und Datensammlerwut des Staates. Auch die Einsprüche gegen *Google Street View* zeigen, dass viele Bürgerinnen und Bürger bei diesen Fragen sehr beunruhigt sind. Wie siehst Du das?

Klingbeil: Ich weiß gar nicht, ob die Menschen so beunruhigt sind. Ich glaube, die Zeiten, in denen es die großen Aufstände gegen Volkszählungen gab, sind vorbei. Ich finde im Gegenteil, dass die Bürger selber viel zu offen mit ihren Daten umgehen und sich zu wenig Gedanken machen. Wir er-

leben gerade, dass sich sogenannte *Post-Privacy*-Bewegungen entwickeln, die den Standpunkt vertreten: Wir wollen überhaupt keine Privatsphäre mehr, wir wollen keinen Datenschutz, wir legen alles offen. Das halte ich für falsch. Ich glaube aber umgekehrt, dass viele Bürgerinnen und Bürger auch nicht mehr davon überzeugt sind, dass die Politik Datenschutz regeln könne. In diesem Zusammenhang erscheint es mir als sehr wichtig, dass wir die Menschen so befähigen, dass sie sich im Internet bewegen können. Dabei geht es nicht um klassische Verbote oder Regelungen, sondern es geht darum, die Menschen im Bildungssystem so fit zu machen, dass sie wissen, was es heißt, persönliche Daten offen zu legen.

NG/FH: Ist das nicht Teil des Bereichs Medienkompetenz, einem zweiten großen Bereich von Netzpolitik?

Klingbeil: Genau, wir nennen das *Digital Literacy*, also die Befähigung der Bürger, mit diesem neuen Medium umzugehen. Das geht aber eben nicht mit erhobenem Zeigefinger, sondern zum Beispiel, indem man auch in Schulen schon Experimentierfelder für's Internet entwickelt. Genau da sehen wir große Lücken.

Daneben gibt es in der Tat sehr interessante Online-Geschäftsmodelle, bei denen ich der Meinung bin, dass sie eine Verbesserung von Serviceleistungen bieten. Ich selbst z.B. finde personenbezogene, also individualisierte Werbung sehr spannend. Aber natürlich möchte ich selbst entscheiden können, ob das mit mir passiert und was genau mit meinen Daten geschieht. Das heißt, die Einwilligung des Nutzers muss im Vordergrund stehen und es muss transparent offen gelegt werden, was *Facebook* und andere mit meinen Daten machen.

Das Thema Arbeitnehmerdatenschutz insgesamt ist natürlich gerade für uns Sozialdemokraten sehr wichtig. Dort hat es

massiven Missbrauch gegeben. Und wir sind der Meinung: Es gibt hier ein Abhängigkeitsverhältnis, für welches es klare gesetzliche Regelung geben muss, um Beschäftigte vor Datenmissbrauch durch den Arbeitgeber zu schützen.

Nochmal grundsätzlich zum Datenschutz: Es gab eine hysterische Debatte über *Google Street View*, dessen Mitarbeiter nichts anderes gemacht haben als Häuserfassaden zu fotografieren. Wenn man aber mal thematisieren würde, was Google darüber hinaus für Daten über seine Nutzer sammelt, dann würden wir zum Kern dessen kommen, über das wir eigentlich diskutieren müssten.

NG/FH: Das heißt, die Datenschutzdiskussion ist nicht nur eine über Vorratsdatenspeicherung durch den Staat, sondern mehr noch eine über die privaten großen Firmen im Netz?

Klingbeil: Genau. Der klassische Datenschutz hat die Bürger vor dem Staat geschützt, jetzt geht es auch um den vielfältigen Schutz vor Unternehmen und auch um die Fragen, was diese mit den persönlichen Daten der Nutzer machen.

NG/FH: Es gab viele Debatten über die sogenannte digitale Spaltung. Jahrelang ging es um die Dichotomie von denen im Netz, und denen, die nicht im Netz waren. Die neue Shell-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass 96 % der Jugendlichen und der Großteil der Gesamtbevölkerung online sind. Diese Spaltung gibt es also so nicht mehr. Es gibt aber offensichtlich eine kulturelle Spaltung, die das Kulturforum der SPD mit Sorge beobachtet, zwischen denen, die das Netz ausschließlich für Unterhaltung nutzen und denen, die viel besser und intensiver kommunizieren können und viel schneller an das Wissen der Welt herankommen. Dass sich diese Spaltung nicht verstärkt, sondern alle Bürgerinnen und Bürger mitgenommen werden, ist doch

auch Herausforderung von Medienkompetenz?

Klingbeil: Das ist genau dieser Punkt von *Media Literacy*. Ich erlebe nicht selten, dass Schulen, wenn überhaupt, nur über veraltete Computer verfügen. Hier sollte die Politik zuallererst ein Programm auflegen, welches dafür sorgt, dass an den Schulen eine vernünftige moderne Infrastruktur existiert und dass es dort Lehrer gibt, die damit auch umgehen können. Viel zu häufig ist es noch so, dass Schüler den Lehrern erklären müssen, wie Netztechnologie funktioniert. Im Übrigen gehört dann auch dazu, dass die entsprechenden Lehrmittel digital oder online verfügbar sind. Das bietet ganz neue Chancen für die Vermittlung der Lehrinhalte.

NG/FH: Ein weiteres Thema der Netzpolitik ist natürlich das Urheberrecht. Es gibt die große Sorge, dass das Netz das Urheberrecht durchlöchert, zudem nehmen Plagiatsfälle zu. Nun stellt sich die Frage, wie in der so wichtigen Kreativwirtschaft auch Geld verdient werden kann, denn nur so

funktioniert sie ja. Ist hierfür das alte Urheberrecht überhaupt noch das richtige Regelwerk?

Klingbeil: Man stellt natürlich schon fest, dass sich im Internet bei einigen eine Art Gratskultur entwickelt hat. Das ist nicht in Ordnung. Hier muss man an die Wertevorstellung der Nutzer appellieren. Ich kann zwar verstehen, dass eine heranwachsende Generation, die erlebt, dass Vieles gratis heruntergeladen werden kann und danach noch in genau derselben Qualität in unbegrenztem Maße vorhanden ist, auch eine andere Vorstellung von Urheberrecht hat als jemand wie ich, der früher in einen Plattenladen gegangen ist. Dort gab es eine bestimmte Anzahl von Schallplatten. Wurde eine verkauft, war für den Rest der Kundenschaft diese eben nicht mehr verfügbar.

Hier muss man den jungen Menschen vermitteln, dass es eben sehr wohl darum geht, dass auch im Netz Menschen Leistungen erbracht haben, ihre Energie in Werke gesteckt haben. Auf der anderen Seite hat aber z.B. die Musikindustrie viel zu lange den Zeigefinger erhoben, kriminali-

siert, Kampagnen gefahren nach dem Motto »Raubkopierer sind Verbrecher« und sich nicht auf den Weg gemacht, nach Geschäftsmodellen zu suchen, die auch von Nutzern im Netz akzeptiert werden.

Der Weg, den wir als Politik einschlagen müssen, ist, alle an einen Tisch zu holen und darüber nachzudenken, wie leistungsbezogene Modelle für das Internet aussehen können. Ich glaube, die Wahrheit liegt weder in einer Gratiskultur noch in einem Ausbau des Rechtsstaates und strafrechtlichen Verfolgungen von denen, die illegal herunterladen, sondern es muss einen Kompromiss geben. Zum Beispiel müssen wir die Schranken im Urheberrecht ausweiten, um zu ermöglichen, dass auch Kreativität entsteht. Es gibt heutzutage bei *Youtube* viele Videos, in denen es um sogenannte *Mashups* geht, also die Entstehung neuer Inhalte durch die Verknüpfung von bereits bestehenden, und ähnliche Dinge. Leider gibt es gerade in Deutschland in solchen Fällen ein massives Vorgehen gegen Urheberrechtsverletzungen. Da würde ich mir manchmal ein wenig mehr Toleranz seitens der Rechthebesitzer wünschen. Auf der anderen Seite brauchen wir aber auch eine Kultur, die ein Bewusstsein für die Schädlichkeit der Praxis des illegalen Downloads entwickelt.

NG/FH: Ist die im letzten Jahr viel diskutierte Kulturflaute ein erfolgsversprechender Ansatz für einen solchen Kompromiss zwischen Urhebern und Nutzern?

Klingbeil: Solch eine Pauschalabgabe ist zumindest ein Denkmodell, das von allen Seiten an einem Tisch diskutiert werden sollte. Ich habe in Bezug auf das Urheberrecht aber keine abgeschlossene Position. Wir diskutieren das intensiv, auch innerhalb der SPD-Fraktion, auch mit externen Experten. Aber es wird in dem Bereich keinen Königsweg geben. Der Ansatz für uns muss sein: Diejenigen, die Leistung bringen, müssen auch davon leben können und

müssen entsprechend entlohnt werden. Auf der anderen Seite wird man im digitalen Zeitalter das Urheberrecht aus der analogen Welt nicht aufrechterhalten können. Aber ich merke auch, dass all die Akteure, die von dieser Urheberproblematik tangiert werden, momentan noch tief in ihren Gräben sitzen: Musikindustrie und Netzcommunity. Wir Sozialdemokraten müssen beide Seiten an einen Tisch bringen.

NG/FH: Kommen wir zum Thema Medien und Demokratie. Die Riesenaufregung um *WikiLeaks* oder die durch Blogs gesteuerten und internetbasierten Demokratiebewegungen im arabischen Frühling sind wichtige Bestandteile der momentanen Debatte. Kann das Netz genutzt werden, um mehr junge Leute an die Wahlurne zu bekommen oder für Politik zu interessieren?

Klingbeil: Was den ganzen Bereich Politik, politische Prozesse, Demokratie angeht, sehe ich große Chancen für die Politik und das politische System und würde mir da mehr Offenheit wünschen. Die Schlagworte sind Transparenz und Beteiligung, gerade auch für das Parlament. Früher wurden die Abgeordneten aus den Wahlkreisen nach Berlin geschickt, um die Interessen der Bürger ihrer Wahlkreise zu vertreten. Heute kann der Bürger auch selbst politisch mitdiskutieren. Je mehr Menschen wir beteiligen und je transparenter wir arbeiten, desto besser und legitimer werden auch politische Entscheidungen und Prozesse; die Akzeptanz von politischen Entscheidungen kann dadurch erhöht werden.

Mein großer Wunsch ist zum einen, dass diese Chancen gesehen werden. Zum anderen wünsche ich mir eine stärkere kulturelle Debatte, da viele ältere Bürger und Politiker natürlich auch in anderen Zeiten politisch sozialisiert wurden. Aus Sicht der jüngeren Generation sollte man nun auch keinen Kampf führen nach dem Motto: Wir haben das Medium Internet

verstanden und ihr nicht. Vielmehr müssen wir dafür werben. Nordafrika ist ein Beispiel dafür.

Ich finde auch, dass die ganze Debatte um Netzsperrungen ein Beispiel dafür ist, dass junge Leute sich *sehr wohl* engagieren und beteiligen. Ich merke das auch auf meiner *Facebook*-Seite. Auf die Frage: »Was denkt ihr über das Thema Libyen?« melden sich 50 meiner *Facebook*-Freunde mit Beiträgen und Kommentaren. Auf diesem Weg kann ich mir als Politiker Meinungen einholen. Wir im politischen Raum müssen aber lernen, dass Kommunikation im Internet nicht heißt: Ich teile als Politiker mit. Sondern es heißt auch: Ich höre zu, ich nehme auf, ich nehme das ernst. Wenn das verstanden und kultiviert wird, dann können wir die Bürgerbeteiligung an politischen Prozessen durch das Internet deutlich erhöhen.

NG/FH: Mit dem Internet werden also häufig auch Hoffnungen auf höhere Transparenz des politischen Prozesses und infolgedessen auf eine erhöhte Bürgerbeteiligung verbunden. Kann das Internet denn umgekehrt auch eine Gefahr für politische Prozesse darstellen?

Klingbeil: Die staatliche Zensur ist natürlich eine Gefahr. Allerdings glaube ich nicht, dass alle Inhalte unterdrückt werden können. Dafür ist das Internet auf Dauer zu dezentral und zu machtvoll. Gefahren sehe ich momentan eher noch darin, dass dort Debatten geführt werden, die häufig wenig repräsentativ sind. Bei meinem letzten Aufenthalt in den USA habe ich eine Studie gelesen, die politische Äußerungen im Internet analysiert. Die Schlussfolgerung lautet, dass im Vergleich zum politischen Mainstream der Gesellschaft die Meinungsgeber im Netz sowohl nach links als auch nach rechts extremer sind. Wenn das so ist, bildet das Internet dann auch keinen Querschnitt der Gesellschaft mehr. In meinen Augen ist das aber ein Zustand, der sich mit

der Zeit verändern wird. Die Gefahren sind dieselben wie in der Offline-Welt. Populisten versuchen auch im Netz Fuß zu fassen und Anhänger zu mobilisieren. Für uns Politiker stellt das eine enorme Herausforderung dar, mit kürzeren, schnelleren und vielleicht auch emotionaleren Ansprachen die Menschen besser zu erreichen. Gerade diese Rückkoppelung mit den Wählern ist wichtig für Politiker. Wir haben im letzten Wahlkampf der SPD gesehen, dass es viele tolle Homepages gab, aber viele Netzaktivisten nicht das Gefühl hatten, dass das, was sie positiv gestaltet haben, auf der anderen Seite ernst genommen wurde.

NG/FH: Es gibt jetzt im SPD-Parteivorstand den Versuch, mit Hilfe eines *Newsdesks* die beidseitige Kommunikation zwischen Bürgern und Politikern zu verbessern.

Klingbeil: Das ist definitiv ein guter Prozess, zumal er fernab jeder Bundestagswahl begonnen wird. Der Politiker, der im Internet Glaubhaftigkeit gewinnen will, darf seine *Facebook*-Seite oder seinen *Twitter*-Kanal nicht erst drei Monate vor der Wahl aktivieren, und beides drei Tage nach der Wahl wieder abstellen. Diese digitale Kommunikation muss permanent stattfinden. Viele Bürger aus meinem Wahlkreis, gerade jüngere Leute, sagen beispielsweise: Wir verfolgen sehr genau was Du als Abgeordneter alles machst. Dann frage ich: Habt ihr in den Zeitungen darüber gelesen? Nicht selten höre ich dann, dass die meisten Informationen über meine Tätigkeiten meiner *Facebook*-Seite entnommen werden. Dann wird klar, dass man damit unwahrscheinlich viele Menschen erreicht. Das ist für uns ja auch etwas Wunderbares, eins zu eins mit den Menschen im Wahlkreis kommunizieren zu können und deren Anregungen aufzunehmen. Es ist eine riesige Chance, kostet aber auch Zeit. Der Nachricht bei *Facebook* muss aber genauso viel Wert beigemessen werden wie dem Brief, den wir über das Pressebüro bekommen.